



SPÖ
KÄRNTEN

GEMEINDE POST

SPÖ GMÜND IN KÄRNTEN

**WIR FÜR
HIER!
ZUKUNFT
VERÄNDERN**

IDEEN, ANREGUNGEN, WÜNSCHE ... GESTALTE GMÜND MIT!

Ihr könnt uns jederzeit auch auf unserer Homepage gmuendinkaernten.spoe.at besuchen.

Schreibt uns eine E-Mail unter spoe.gmuendkaernten@gmx.at.

Oder folgt uns auf Facebook [@spoegmuendkaernten](https://www.facebook.com/spoegmuendkaernten) oder Instagram [@spoe.gmuendkaernten](https://www.instagram.com/spoe.gmuendkaernten).

Vizebürgermeisterin Sylvia unterwegs.



Unser SPÖ Juni Stammtisch



Beauty Concept - in Gmünd

Zwei junge Unternehmerinnen, Martina Leitner und Anna Unterrainer, feierten mit vielen Gratulanten ihre Geschäftseröffnung in Gmünd!



Musikstadt Gmünd

Die Orchesterschule MS Lieser-Maltatal überraschte wieder einmal ihre ZuhörerInnen am Gmündner Hauptplatz.



KIZE dankt Fabienne

Alle Kinder und Kindergartenpädagoginnen bedankten und verabschiedeten sich bei Fabienne Genser für das vergangene Jahr im Kindergartenzentrum Malta und Gmünd.



Burgsingen des MGV 1834 Gmünd



Sommerfest mit dem Altenwohnheim Gmünd



Artists in Residence



Trachtenrausch der Landjugend Lieser-Maltatal



Ausstellungseröffnung von Klaus Frost



Gmünder in Europa



Feuerschutztag in Gmünd



ZUKUNFTSGESPRÄCHE BEIM GASSERBÄCK

Samstag, 22. August 2026 um 10:00 Uhr
Und das Beste: Die erste Runde geht auf uns!
Reden wir gemeinsam über die Zukunft von Gmünd.
Hast du Ideen? Rede mit uns darüber!

Sprechen wir über Wirtschaft

Warum Ausgabenkürzungen unsinnig sind – und warum ein wachsendes Land auch wachsende Staatsausgaben braucht

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte sind **Sparmaßnahmen und Ausgabenkürzungen** wieder in aller Munde. Besonders rechte und wirtschaftsliberale Kräfte fordern Einschnitte, um Budgetziele zu erreichen und Staatsschulden zu reduzieren. Doch diese Forderungen verkennen zwei grundlegende ökonomische Tatsachen: Erstens wachsende Bevölkerungen, und zweitens muss mit diesem Wachstum auch die **staatliche Geldmenge und Investitionsbereitschaft** mitwachsen – nicht schrumpfen. Die starre Orientierung an den **veralteten Maastricht-Kriterien** verhindert hingegen eine dynamische und zukunftsorientierte Fiskalpolitik.

Bevölkerungswachstum = höhere Ausgaben = gesamtwirtschaftlich sinnvoll

Ein wachsendes Land benötigt **mehr Kindergärten, mehr Schulen, mehr Gesundheitsversorgung, mehr Infrastruktur** – kurz: mehr öffentliche Leistungen. Diese Leistungen lassen sich nicht mit gleichbleibenden oder gar sinkenden Ausgaben abdecken. Wenn die **Bevölkerung wächst**, muss zwangsläufig auch das **Staatsbudget wachsen**, um das gleiche Versorgungsniveau aufrechtzuerhalten. Dies gilt auch für staatliche Beschäftigung: Ohne zusätzliche Lehrer:innen, Pfleger:innen, Polizist:innen oder Verwaltungsmitarbeiter:innen droht eine schleichende Verschlechterung der öffentlichen Dienste.

In diesem Zusammenhang ist es wirtschaftlich völlig widersinnig, **pauschale Ausgabenkürzungen** zu fordern. Vielmehr braucht es eine Anpassung der Geldmenge an die **realwirtschaftlichen Bedürfnisse** einer wachsenden Bevölkerung. Genau hier setzt die **Modern Monetary Theory (MMT)** an: Solange es unge-

nutzte Produktionskapazitäten und keine übermäßige Inflation gibt, kann der Staat Investitionen tätigen – auch auf Kredit. Staatsausgaben schaffen Nachfrage, sichern Beschäftigung und erhalten soziale Stabilität.

Warum „Sparen“ oft teurer ist

Sparmaßnahmen in wirtschaftlich schwierigen Phasen führen nicht zu mehr Stabilität – im Gegenteil. Sie entziehen der Volkswirtschaft Kaufkraft, erhöhen Arbeitslosigkeit und schwächen den sozialen Zusammenhalt. Besonders paradox wird es, wenn an Bereichen gespart wird, die ohnehin nur **geringe Budgetanteile** ausmachen – wie etwa das **Fremdenwesen**.

Laut dem **Voranschlag für das Bundesbudget 2027** betragen die Ausgaben für das gesamte Fremdenwesen – inklusive Grundversorgung, Asylwesen, Migration und Infrastruktur – **540,1 Mio. Euro**. Das entspricht **nur 0,4% des Gesamtbudgets**. Zum Vergleich: Für **Zinszahlungen, Währungstauschverträge und die Wertpapiergebarung** sind im selben Budget **8,748 Milliarden Euro** vorgesehen – **über 16-mal so viel**.

Rechnet man diese Zahlen auf das Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Österreicherers mit 1.500 Euro Nettoeinkommen pro Monat um, ergibt sich ein klareres Bild: Der Anteil für Fremdenwesen entspräche gerade einmal **6,00 Euro**, also nicht einmal zwei Kaffee im Kaffeehaus. **Das Thema ist also nicht aus finanziellen Gründen so präsent, sondern vor allem emotional überladen – und wird gezielt von rechtspopulistischen Parteien für Stimmungsmache instrumentalisiert.**

Integration statt Isolation – Investieren statt Kürzen

Eine fortschrittliche Haushaltspolitik muss verstehen, dass **Integration Investitionen braucht** – in Bildung, Sprache, Wohnraum und Arbeits-

marktintegration. Wer aus angeblichen Budgetnöten heraus keine Integration betreibt, **spart am falschen Ende**: Fehlende Integration kostet langfristig **mehr** – in sozialen Spannungen, in erhöhtem Unterstützungsbedarf und in versäumten wirtschaftlichen Potenzialen.

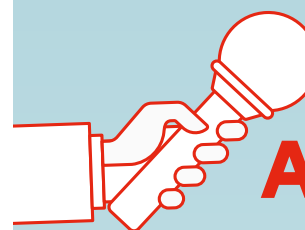
Der größere Hebel für nachhaltige Budgetpolitik liegt nicht im Kürzen, sondern in einer ehrlichen Debatte über **Einnahmen und Vermögensverteilung**. Wenn man weiterhin auf die Maastricht-Kriterien beharrt, müssen andere Finanzierungsquellen erschlossen werden – etwa durch eine **Vermögenssteuer**, damit nicht immer wieder die **breite Mitte** der Gesellschaft für Budgetziele aufkommt.

Fazit: Eine neue Haushaltslogik für eine neue Zeit

Die derzeitigen Herausforderungen – vom demografischen Wandel über technologische Transformationen bis hin zu geopolitischen Unsicherheiten – verlangen eine **moderne, dynamische Wirtschaftspolitik**. Dazu gehört die **Abkehr von pauschalen Sparlogiken** und ein Bekenntnis zu **kluger, zielgerichteter Investitionspolitik**. Denn wer heute spart, wo er investieren müsste, **verschuldet sich nicht nur finanziell, sondern gesellschaftlich**.

Es ist Zeit, die Maastricht-Denkmuster zu verlassen und den Mut für eine zeitgemäße, gerechte und wachstumsorientierte Haushaltspolitik zu finden. Nur so können wir die Zukunft wirklich gestalten.

An dieser Stelle ein großer Dank an Finanzminister Dr. Markus Marterbauer, der bereits viele Ansätze davon im Doppelbudget 2027/28 verankert hat und sicherlich, als einer der besten Finanzminister Österreichs in die Geschichtsbücher eingeht.



NACHGEFRAGT: ANDI BABLER IM INTERVIEW

Lieber Andi, eine Frage, die viele beschäftigt: Wie viel erspart sich ein durchschnittlicher Haushalt durch die Mehrwertsteuer-Senkung auf Lebensmittel?

In Summe wird diese Maßnahme einer Familie mit zwei Kindern rund 100 Euro Ersparnis im Jahr bringen. Und was aus verteilungspolitischer Sicht besonders wichtig ist: Gerade Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen profitieren besonders von der Mehrwertsteuer-Senkung, weil sie prozentuell einen größeren Anteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel ausgeben müssen als Haushalte mit hohem Einkommen. Die Mehrwertsteuer-Senkung auf Grundnahrungsmittel hat viele Vorteile. Sie senkt die Preise wirksam und dauerhaft, Menschen mit wenig Einkommen werden stärker entlastet und die Teuerung insgesamt geht runter.

Was sagst du zu der vor allem im Boulevard zu lesenden Kritik, dass die Mehrwertsteuer-Senkung nur Einsparungen von ein paar Cent bringe?

Ehrlich gesagt halte ich Meldungen, die meinen, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel würde keinen Unterschied machen, für unglaublich arrogant und abgehoben. Die Menschen, die von der Vorgängerregierung jahrelang mit der Teuerung alleingelassen wurden, brauchen diese Entlastung dringend. Wer schon einmal gesehen hat, dass viele am Monatsende vor der Kassa stehen und nachrechnen müssen, ob sich das eh noch ausgeht, weiß, dass für viele Menschen jeder Euro zählt. Und eine Ersparnis von 100 Euro im Jahr ist definitiv spürbar und macht für viele Menschen einen Unterschied. Wir Sozialdemokrat*innen wissen das und deswegen greifen wir direkt in die Preise ein.

Wir haben gesehen, dass im Lebensmittelhandel auf Kosten der Konsument*innen immer wieder getrickst wird. Was passiert, damit die Mehrwertsteuer-Senkung auch wirklich bei den Menschen ankommt?

Diese Trickserei auf Kosten der Menschen muss ein Ende haben. Deshalb sorgen wir da für Ordnung und Transparenz. Wir sagen irreführenden Rabatten und Mogelpackungen mit weniger Inhalt, aber gleichem Preis, den Kampf an. Und wir verschärfen das Wettbewerbsrecht in mehreren Punkten. Lebensmittelkonzerne müssen ihre Gewinnmargen künftig melden und die Bundeswettbewerbsbehörde bekommt mehr Befugnisse, so dass sie eingreifen kann, wenn die Mehrwertsteuer-Senkung nicht weitergegeben wird. Außerdem verzehnfachen wir die Strafen, wenn sich Supermärkte nicht an die Regeln halten und Preise falsch auszeichnen. Ich will aber auch Ordnung bei den Spritpreisen. Da sehen wir, dass die Rohölpreise zwar seit über einem Jahr sinken, aber die Autofahrer*innen davon an der Zapfsäule nichts merken. Wir greifen da jetzt ein und sorgen für faire Spritpreise. Konkret werden wir schwerpunktmäßig die Preisauszeichnungen bei Tankstellen kontrollieren. Und wir haben die Preiskommission einberufen, die genau prüft, ob sinkende Ölpreise ausreichend weitergegeben werden.



Foto: SPÖ | Vršnjic

„Wir haben den Scherbenhaufen aufgeräumt“

Die Hypo-Krise war eine der schwersten Belastungen in der Geschichte Kärntens. Politische Fehlentscheidungen und milliarden-schwere Haftungen brachten das Land an den Rand des finanziellen Kollapses. Jetzt, über 20 Jahre später, wird diese Altlast endgültig bereinigt. Der dritte Landtags-Präsident Günter Leikam im Interview.

450 Millionen Euro weniger Schulden sind eine gute Nachricht. Aber wir müssen zuerst über den Scherbenhaufen reden, der vor rund zwanzig Jahren seinen Anfang nahm?

Günter Leikam: Absolut. Die nun erzielte Lösung unter Federführung von Finanzreferentin Gaby Schaunig zeigt wie lange uns die Folgen der Brot- und Spiele-Regierung unter der Federführung des BZÖ belastet haben. Die Hypo-Krise war das Ergebnis jahrelanger Fehlentwicklungen und politischer Fehlentscheidungen. Haftungen wurden aufgebaut, Risiken unterschätzt. Das hat Kärnten später massiv belastet. Die entscheidende Frage war aber nicht nur, wer das Problem verursacht hat, sondern wer bereit war, Verantwortung zu übernehmen und es zu lösen.

Und diese Verantwortung hat die SPÖ übernommen?

Ja. Als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hat, hätte man sich wegducken können. Stattdessen hat die SPÖ-geführte Landesregierung Verantwortung übernommen. Allen voran Gaby Schaunig hat darum gekämpft, eine Insolvenz Kärntens abzu-

wenden. Seitdem wurde Schritt für Schritt daran gearbeitet, die Folgen dieser Krise zu beseitigen. Der heutige Schuldenabbau ist das Ergebnis dieser konsequenten Arbeit.

Trotzdem hat die Aufarbeitung sehr lange gedauert. Warum?

Weil man einen Schaden in Milliardenhöhe nicht mit einer einzigen Entscheidung beseitigt. Es ging darum, Kärnten finanziell zu stabilisieren und gleichzeitig weiter in Bildung, Pflege, Infrastruktur und Arbeitsplätze zu investieren. Genau dieser Spagat ist gelungen.

Kritiker sagen, die Politik feiert sich jetzt für etwas, das sie selbst verursacht hat.

Man muss schon unterscheiden zwischen jenen, die die Probleme verursacht haben, und jenen, die sie lösen mussten. Niemand feiert die Hypo-Krise. Darauf kann niemand stolz sein. Worauf man aber stolz sein kann, ist, dass Kärnten heute deutlich besser dasteht als viele damals erwartet haben. Das ist das Ergebnis verantwortungsvoller Politik und harter Arbeit über viele Jahre hinweg.

Was bedeutet der aktuelle Schritt konkret für Kärnten?

Der Schuldenstand sinkt um 450 Millionen Euro und jährlich fallen rund 12 Millionen Euro an Kosten und Zinsen weg. Das schafft Spielraum für die Zukunft. Vor allem aber bedeutet es, dass Kärnten eine Altlast hinter sich lassen kann, die das Land über Jahrzehnte gebremst hat.

Ist das auch ein politischer Erfolg der SPÖ?

Ja, weil die SPÖ in Kärnten seit vielen Jahren Verantwortung trägt. Nicht mit großen Schlagzeilen, sondern mit seriöser Finanzpolitik. Während andere oft schnelle Lösungen versprochen haben, wurde Schritt für Schritt daran gearbeitet, Kärnten finanziell zu stabilisieren. Dieser Erfolg fiel nicht vom Himmel – er ist das Ergebnis dieser Politik.

Wenn du die Geschichte der letzten zehn Jahre in einem Satz zusammenfassen müsstest?

Andere haben Kärnten einen Scherbenhaufen hinterlassen. Wir haben Verantwortung übernommen und räumen ihn Schritt für Schritt auf.

Was war die Hypo-Krise?

Die ehemalige Hypo Alpe-Adria Bank geriet nach Jahren riskanter Geschäftspolitik Mitte der 2000er Jahre in massive finanzielle Schwierigkeiten. Die damalige Landesregierung hatte für die Bank milliarden-schwere Haftungen übernommen und war dadurch selbst von enormen finanziellen Forderungen betroffen, die Kärnten an den Rand der Insolvenz brachten.

Das ist der KAF

2016 wurde der Kärntner Ausgleichsfonds (KAF) eingerichtet. Er war ein Finanzinstrument, das im Zusammenhang mit der Verwertung der bankrotten Hypo-Alpe-Adria-Bank und der späteren Heta geschaffen wurde. 1,2 Milliarden Euro musste Kärnten 2016 beisteuern, um sich von den damals noch bestehenden elf Milliarden Euro Haftungen zu befreien. An ihrem Höchststand hatten die Haftungen sogar 24 Milliarden Euro betragen.

LH Daniel Fellner zieht Bilanz: Drei Monate, die Kärnten vorangebracht haben

100 Tage im Amt – und bereits Vieles auf Schiene gebracht: Landeshauptmann Daniel Fellner legt eine erste Leistungsbilanz vor. Im Mittelpunkt stehen finanzielle Verantwortung, Gesundheitsversorgung, Verwaltungsreform, Zukunftsinvestitionen, Entlastung und ein klares Bekenntnis zu Kärntens Regionen.

„Gute Politik zeigt sich nicht in großen Worten, sondern in konkreten Verbesserungen für die Menschen. Dafür arbeiten wir Tag für Tag. Und diese Erfolge zeigen wir auch: Weil jeder Fortschritt sichtbar sein muss!“, so Fellner. Genau deshalb sei es wichtig, aufzuzeigen, was in den ersten drei Monaten bereits gelungen ist. Ein zentrales Kapitel dieser Bilanz ist die finanzielle Verantwortung. Mit der Hypo/HETA-Lösung werden rund 450 Millionen Euro zur Reduktion des Schuldenstandes eingesetzt. Fellner betont, dass es gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten entscheidend sei, nicht kurzfristiger Versuchung nachzugeben, sondern langfristig Verantwortung zu übernehmen. Das ist „zukunftsfit, enkelverantwortliche Politik“, sagt Fellner. „Der Schuldenstand des Landes wird konsequent reduziert, statt freiwerdende Mittel für populäre Maßnahmen zu verwenden.“

Starke Stimme

Auch in der Reformpartnerschaft habe Kärnten eine aktive, pragmatische und zugleich klare Rolle eingenommen. Reformen seien notwendig, dürften aber nicht auf Kosten der Menschen in den Regionen gehen. Besonders deutlich wurde Fellner bei der Gesundheitsversorgung: Wenn man ausschließlich am Papier plane und etwa starre Erreichbarkeits- und Bettenkriterien heranziehe, sei das für Kärnten „ein Anschlag auf den ländlichen Raum“. Denn: „Das macht sich vielleicht gut auf dem Papier, ist aber mit Sicherheit nicht die beste Antwort für die Kärntnerinnen und Kärntner.“

Parallel dazu wurden in Kärnten zentrale Zukunftsentscheidungen getroffen. Bei der Regierungsklausur wurden 185 Zukunftsprojekte mit einem Investitionsvolumen von rund drei Milliarden Euro präsentiert. Die Verwaltungsstrukturreform wurde auf den Weg gebracht: Aus 15 Abteilungen werden künftig eine Landesamtsdirektion und zehn Abteilungen, rund 300 Planstellen sollen über natürliche Abgänge reduziert werden. Auch europapolitisch habe Kärnten an Sichtbarkeit gewonnen – unter anderem durch Fellners Rolle im Ausschuss der Regionen und in der Euregio Senza Confini. In der Gesundheitspolitik verweist Fellner auf das Trauma-Orthopädie-Zentrum, das nach langen Vorarbeiten nun auf Schiene ist, sowie auf den Ausbau der Primärversorgung. Die PVE Bleiburg/Pliberk soll noch heuer eröffnet werden und die Gesundheitsversorgung auf 60 Wochenstunden ausweiten.

„Davon haben die Kärntnerinnen und Kärntner definitiv etwas“, unterstreicht Fellner. Ein weiterer Schwerpunkt ist die langfristige Versorgungssicherheit. Die Wasserschiene Kärnten bezeichnet Fellner als zentrales Zukunftsthema. Rund 130 Millionen Euro werden investiert, um die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung und die Betriebe langfristig abzusichern. Gleichzeitig wurden im Bereich Sicherheit und Rettungswesen 16,6 Millionen Euro Förderung sowie eine Sonderförderung von 3,75 Millionen Euro für jene Organisationen bereitgestellt, „die rund um die Uhr 365 Tage im Jahr für uns zur Verfügung stehen“.

Konkrete Fortschritte

Auch bei Forschung, Standort, Wohnen und Arbeit zeigt die Bilanz konkrete Fortschritte: Das neue COMET-Zentrum bringt fast 23 Millionen Euro Forschungsgelder nach Kärnten und wird, so Fellner, „Kärnten in den europäischen Fokus rücken“. Im Wohnbau wurden 177 Wohneinheiten zugesi-



chert, mit 33,5 Millionen Euro Fördermitteln und einem Bauvolumen von 41,7 Millionen Euro. Dazu kommen positive Arbeitsmarktdaten, der Ausbau der Pflegenahversorgung in über 90 Prozent der Gemeinden sowie 30.000 Kinder, die im Rahmen der Schwimmoffensive schwimmen gelernt haben. Neben großen Strukturprojekten gehe es Fellner auch um konkrete Entlastung im Alltag: etwa durch den Sprit-Bonus gemeinsam mit der Arbeiterkammer. Im Bereich Zusammenleben und Integration wurde mit der Kärntner Hausordnung ein erster Schritt gesetzt. Gleichzeitig betont Fellner, dass Integration nicht nur aus Pflichten bestehen dürfe: „Hier sind wir auch in der Verantwortung, entsprechende Angebote zu schaffen.“ Deutschlernen ab dem ersten Tag sei dabei ein österreichweit in dieser Form einzigartiges Angebot und vorbildlicher Weg.

Fellners Fazit fällt klar aus: Kärnten habe in kurzer Zeit viel weitergebracht – von der Bildung, wie in der Fachberufsschule Völkermarkt, über die Entschuldung bis zu Investitionen in Straße und Schiene. Das seien „richtig, richtig, richtig gute Nachrichten für Kärnten“. Und Fellner abschließend: „Ich bin stolz auf das, was wir in den ersten drei Monaten geleistet haben.“



#wirfürhier

SPÖ
KÄRNTEN

WIR

**FÜR
HIER!**

Landeshauptmann
DANIEL FELLNER & TEAM

KAERNTEN.SPOE.AT